



Kiel, 26. Januar 2019

Nr. 23/2019

Martin Habersaat

Der Prozess war nie ergebnisoffen

Zur Oberstufen-Tagung des Bildungsministeriums am 26. Januar sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Der Prozess ist nicht ergebnisoffen!“ Gleich zur Begrüßung machte das Ministerium deutlich, was Abgeordnete der Regierungsfractionen im Landtag noch vehement geleugnet hatten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsministeriums hatten sich sehr gut auf eine Oberstufen-Tagung in der Kieler Max-Planck-Schule vorbereitet, die Stimmung war konstruktiv, zu besprechen gab es allerdings nur Stellrädchen.

„Wie viele Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau sollen die Schülerinnen und Schüler belegen?“ - Das war eine der drei zu diskutierenden Fragen. Zwei bis vier erlaubt die KMK. Es werden drei - das ergaben aber nicht die Diskussionen, das hatte die Bildungsministerin bereits am Vortag per Interview verkündet.

„Welche Organisationsform ist für das interdisziplinäre Arbeiten gut geeignet?“ - Frage 2. Hier wäre ein Input von außen hilfreich gewesen, der leider entfallen musste. Ich wiederhole meine dringende Bitte an die Bildungsministerin, sich hier ausnahmsweise einmal auf einen offenen Prozess einzulassen und beispielsweise die Deutsche Schulakademie einzubinden, die sich mit genau dieser Frage beschäftigt. Hier sind gute Ideen wichtiger als hohes Reformtempo.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

„Durch welche Kürzung ermöglichen wir die Vertiefung?“ - Die dritte und letzte Frage. Immerhin spielt das Ministerium hier mit offenen Karten; zusätzliche Ressourcen haben die Schulen nicht zu erwarten. Doch wer, wie die Jamaika-Koalitionen, den Schülerinnen und Schülern wieder mehr Wahlmöglichkeiten verspricht, muss den Schulen auch wieder mehr Ressourcen geben.

Als es noch das Kurssystem gab, bekamen kleine Oberstufen einen Zuschlag, um ein gutes Angebot vorhalten zu können. Wer mehr Wahlmöglichkeiten will, muss zu diesen Zuschlägen zurück, alles andere wäre ein Angriff auf kleine Oberstufen und damit auch - wieder einmal - auf viele Gemeinschaftsschulen.

Fazit: Es bleibt bei dem Eindruck, dass die Verordnungen und Erlasse parallel zum „Diskussionspapier“ bereits mit fertiggestellt wurden. Frau Prien ist dabei, eine große Chance zur Verbesserung der Möglichkeiten unserer Oberstufen und der Schülerinnen und Schüler zu verspielen.

Der für die Berufsschulen zuständige Minister wurde bei dieser weichenstellenden Tagung übrigens nicht gesehen.